

Diskussionsabend in Zug

Im Zeichen der Zuwanderung

Braucht die Schweiz die Zuwanderung? Diese Frage stand im Zentrum eines Anlasses im Rahmen der Kampagne der Wirtschaftsverbände für eine konstruktive Zuwanderungspolitik. **Mirija Weber**



Bilder: zvg

Das Zuger Publikum horchte gespannt den Worten von Bundesrat Johann Schneider-Ammann ebenso wie der angeregten Diskussion mit (von links) Matthias Michel, Andreas Umbach, Thomas Aeschi sowie Reiner Eichenberger, moderiert von Christian Peter Meier, Chefredaktor Neue Zuger Zeitung.

In seinem Keynote-Referat sprach sich Bundesrat **Johann Schneider-Ammann** deutlich für das Personenfreizügigkeits-Abkommen mit der EU aus. Der bilaterale Weg mit dem Herzstück Personenfreizügigkeit sei ein Pfeiler des Schweizer Wohlstands. An die Stelle des schwerfälligen Kontingentsystems sei die unbürokratische Personenfreizügigkeit gerückt – der Standort Schweiz profitiere davon enorm. Die Bilateralen schafften aber auch weitgehend ungehinderten Zugang zum EU-Absatzmarkt, der mit rund 500 Millionen Konsumenten dotiert ist. Für die Schweiz, die jeden zweiten Franken im Ausland und davon 60 Prozent in der EU verdiene, ein grosser Vorteil. «Mit den Zuwanderungsinitiativen steht das ganze bilaterale Paket auf dem Spiel», warnte Schneider-Ammann.

Bei allen Vorteilen für Firmen, Arbeitnehmer und Sozialstaat – Johann Schneider-Ammann verwies auch auf die Kehrseite der Zuwanderungs-Medaille. Einerseits gelte es, Missbräuche am Arbeitsmarkt – etwa Lohndumping –

zu unterbinden. Andererseits müsse der Wohnraum-Knappheit an neuralgischen Orten begegnet werden. «Die Zuwanderung ist aber nicht der einzige Grund für die Raumknappheit», betonte Schneider-Ammann. Vielmehr seien auch die Ansprüche gestiegen: Bewohnte eine Person 1980 noch 34 Quadratmeter, so beansprucht sie heute 50 Quadratmeter Wohnfläche.

Zuwanderung à la SVP: rigid und bürokratisch

Auf dem anschliessenden Podium verdeutlichte **Andreas Umbach**, CEO der Landis + Gyr, dass sein Unternehmen technische Stellen gerne mit Schweizern besetzen würde. Die Firma finde aber schlicht zu wenige Schweizer für solche Positionen. Sukkurs erhielt er vom Zuger Volkswirtschaftsdirektor, **Matthias Michel**: «Gerade im naturwissenschaftlich-technischen Bereich reicht der Schweizer Arbeitsmarkt nicht aus.» Zudem verlange eine internationale Geschäftstätigkeit auch eine internationale Rekrutierung. **Reiner Eichenberger**, Professor

für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg, näherte sich dem Thema von wissenschaftlich-kritischer Seite und brachte einige unkonventionelle Lösungsvorschläge ein. Der Schweizer Arbeitsmarkt wäre dabei für alle offen, die Gewinne für die Sozialwerke würden aber unter den Ansässigen verteilt – ein Modell analog zum Korporationswesen.

Thomas Aeschi, Zuger SVP-Nationalrat, sprach sich nicht gegen die Zuwanderung als solche aus, plädierte aber für einen «guten» und regulierten Zuzug aller ausländischen Arbeitnehmer. Das Veto von Matthias Michel kam prompt: Das Kontroll- und Bewertungssystem, das die Zuwanderungsinitiative der SVP verlange, würde den flexiblen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes widersprechen – und überdies für mehr Bürokratie sorgen. Den grössten Applaus erhielt allerdings Andreas Umbach, der die Schweiz als offenes und liberales Land pries: «Wir sollten stolz darauf sein und dazu Sorge tragen.» ■